

## **Journalismus und Demokratie: Von Erwartungen, Kritik und Diskrepanzen**

### **Ergebnisse von multiperspektivischen Befragungen zur Erwartungen an und Wahrnehmung des Journalismus in Deutschland**

*Niklas Kastor, Hannah Schmidt*

Spätestens seit den 2010er Jahren sieht sich der Journalismus in Deutschland heftiger Kritik ausgesetzt: Immer wieder stellten Einzelpersonen oder ganze Bevölkerungsgruppen öffentlich seine Glaubwürdigkeit infrage, unterstellten Journalist/innen tendenziös zu berichten, die Wahrheit wissentlich zu verfälschen oder gar zu lügen. In einer Zeit großer gesellschaftlicher Veränderung, in der die Digitalisierung den Takt vorgibt, schlagen sich solche Positionen auch in der Parteienlandschaft nieder – und der Journalismus verändert sich: Die Arbeitsweisen und Anforderungen an den Beruf sind schon lange nicht mehr dieselben wie noch vor 30 Jahren.

Wie aber entwickelt sich der Journalismus innerhalb dieses gesellschaftlichen Prozesses – und wie werden diese Entwicklungen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bewertet? Mit diesen Fragen beschäftigt sich seit Herbst 2018 Prof. Dr. Michael Steinbrecher unter Mitwirkung von Prof. Dr. Günther Rager und einem Forschungsteam am Institut für Journalistik an der TU Dortmund in der Studie »Journalismus und Demokratie«.

Die Studie ist als multiperspektivische Langzeitstudie angelegt. Sie fragt in regelmäßigen Abständen Vertreter/innen und Akteur/innen unterschiedlicher Gruppen nach ihren Erwartungen an den Journalismus, nach dem Bild, das sie von Journalist/innen haben, und nach ihrem Vertrauen in den Journalismus. Ziel ist eine aktuelle gesellschaftliche Verortung des Journalismus, ein kontinuierlicher Abgleich von Erwartungen, vermuteten Erwartungen und Kritikpunkten und damit eine Vorlage für eine Diskussion über die Frage, ob und gegebenenfalls wie sich der gesellschaftliche Diskurs aus Sicht einzelner Akteure verändert und welche Rolle der Journalismus in diesem Diskurs übernehmen sollte.

So wurden bereits im Jahr 2019 752 Journalist/innen und im Folgejahr 583 deutsche Politiker/innen jeweils in einem Online-Fragebogen befragt. Anfang dieses Jahres startete das Team dann gemeinsam mit forsa eine groß angelegte repräsentative Befragung der Bevölkerung Deutschlands. Vom 21. Januar bis 2. Februar 2022 nahmen dabei 1002 volljährige, nach Repräsentativität ausgewählte Mitglieder eines Online-Panels an dem Online-Fragebogen teil. Die Ergebnisse der einzelnen Befragungen stehen sowohl für sich als auch für ein sich immer wieder erneuerndes und veränderndes Netzwerk aus Erwartungen und Positionen hinsichtlich der Situation des Journalismus in Deutschland.

Die repräsentative Bevölkerungsbefragung aus diesem Jahr förderte einige überraschende wie auch besorgniserregende Ergebnisse zutage: 41 Prozent der Befragten stimmte demnach der Aussage zu, die Glaubwürdigkeit des Journalismus habe durch die Corona-Berichterstattung abgenommen – nur 8 Prozent stimmten gegenteilig ab. Ebenso waren 43 Prozent der Befragten der Meinung, der Journalismus sei in den vergangenen Jahren »schlechter geworden«. Ihre Kritikpunkte fielen dabei eindeutig aus: 62 Prozent stimmten

der Aussage zu »Im Journalismus wird zu sehr auf Übertreibung und Skandalisierung gesetzt«, 56 Prozent waren der Meinung »Die journalistischen Medien berichten zu viel über Probleme und zu wenig über Lösungen« und 28 Prozent schlussfolgerten »Die Medien haben den Kontakt zu Menschen wie mir verloren«. 65 Prozent der Befragten attestierte Journalist/innen Macht, und knapp über die Hälfte waren der Ansicht, »Journalist/innen nutzen ihre Macht manchmal aus«. Dass in den Medien gelogen, also absichtlich die Unwahrheit erzählt werde, erschien 19 Prozent der Befragten plausibel – genauso (17 Prozent), dass »den deutschen Medien von Staat und Regierung vorgegeben wird, worüber sie berichten sollen«. Dabei stimmten ebenfalls nur 20 Prozent der Aussage zu, »die Journalistischen Medien sind bereit, Fehler zuzugeben«.

Dabei maßen die Befragten dem Journalismus durchaus eine große Bedeutung zu. Immerhin 87 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass Journalismus wichtig für das Funktionieren einer Demokratie ist. Die genannten Kritikpunkte stehen vielmehr im Zusammenhang mit den Erwartungen, die die Befragten an den Journalismus haben. Konkret war es 94 Prozent der Befragten wichtig, dass Journalist/innen sie »möglichst neutral und präzise informieren«, dass die Berichterstattenden »Meinungen von Fakten klar trennen« (92 Prozent) und »Kritik an Missständen üben« (90 Prozent). Weniger Zustimmung erfuhren dabei Items wie »Ich erwarte von Journalist/innen, dass sie mir als Ratgeber bzw. Lebenshilfe dienen« (37 Prozent), »mir Unterhaltung und Entspannung bieten« (30 Prozent) oder »mir eigene Meinungen präsentieren« (29 Prozent). Immerhin jeweils 77 Prozent gaben an, sie erwarteten vom Journalismus, dass er »zur politischen Teilhabe« anrege und »Lösungen für gesellschaftliche Probleme diskutiert und aufzeigt«.

Diskrepanzen ergeben sich in dem Moment, in dem die Befragten nach dem erwarteten Selbstbild von Journalist/innen gefragt werden – also was sie glauben, was Journalist/innen in ihrem Beruf wichtig sei. Hier klafften vor allem die Angaben zu den Aspekten auseinander, die die Befragten zuvor als besonders wichtig eingestuft hatten: Dass Journalist/innen ihre Leser/innen tatsächlich »möglichst neutral und präzise informieren« wollen, glaubten nur 53 Prozent der Befragten – also 41 Prozent weniger als der Aussage zustimmten, genau das vom Journalismus zu erwarten. Gleich hoch war die Differenz bezüglich der Aussage »Meinungen und Fakten klar zu trennen«: Stimmten 92 Prozent der Befragten zu, dass sie das vom Journalismus erwarten, waren es nur noch 51 Prozent, die diese Absicht bei Journalist/innen in ihrer Berufsausübung selbst vermuteten.

Anders herum stimmten zwar nur 27 Prozent zu, dass sie vom Journalismus erwarten, dass er ihnen »eigene Meinungen präsentiert«, jedoch vermuteten 47 Prozent diese Absicht bei Journalist/innen. Entsprechend fällt das Ergebnis aus hinsichtlich der Aussage »Ich erwarte von Journalist/innen, dass sie Fakten besonders betonen, die ihre Meinung unterstützen«: Nur ein Drittel der Befragten stimmte hier zu, demgegenüber jedoch 56 Prozent in Bezug auf das erwartete Selbstbild der Journalist/innen.

Nun besteht die Stärke der Studie »Journalismus und Demokratie« darin, diese Angaben mit den Ergebnissen der Befragungen unter Journalist/innen abgleichen zu können. Wenngleich die erste Befragung vor der Corona-Pandemie stattgefunden hat und also allein aufgrund des zeitlichen Abstands von knapp drei Jahren nur mit Vorsicht zum Vergleich herangezogen werden kann, legt sie doch einige interessante Diskrepanzen offen. Besonders ein Aspekt ist auffällig: Hinsichtlich der vorgestellten Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Bezug auf ihre Erwartungen an den Journalismus und das erwartete Selbstbild zeigt sich, dass die Items, die den Befragten im Jahr 2022 besonders wichtig waren, die gleichen sind, denen auch 2019 die Journalist/innen

mehrheitlich zustimmten. »Möglichst neutral und präzise informieren« sahen 93 Prozent der Journalist/innen als besonders wichtig in ihrem Beruf an. Genauso »Meinungen von Fakten klar trennen« (95 Prozent), »Kritik an Missständen üben« (91 Prozent) und »zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen« (92 Prozent). Es wird deutlich, dass unter allen drei befragten Gruppen offensichtlich Einigkeit besteht, was die Informationsaufgabe des Journalismus betrifft. Hier stimmen alle zu ähnlich hohen Anteilen den entsprechenden Items zu.

Bewegt es sich nun in Richtung eines einordnenden, bewertenden und kommentierenden Journalismus, der Meinungen präsentiert und Perspektiven einnimmt, entstehen Diskrepanzen. Interessanterweise stimmen noch alle befragten Gruppen zu über 90 Prozent der Aussage zu, Journalismus solle »Kritik an Missständen üben«. Immerhin 69 Prozent der Politiker/innen und 66 Prozent der Bevölkerung erwarten gleichermaßen, dass der Journalismus »zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen«, und 93 Prozent der Politiker/innen und 77 Prozent der Bevölkerung, dass er »zur politischen Teilhabe anregen« solle.

In Bezug auf den Umgang der Journalist/innen mit der eigenen Meinung werden die Differenzen größer. Im Unterschied zu den rund 50 Prozent der Leser/innen, die glaubten, Journalist/innen wollten »Fakten besonders betonen, die ihre Meinung unterstützen« und ihnen »eigene Meinungen präsentieren«, stehen hier nur noch knapp 14 bzw. 19 Prozent der Journalist/innen. Ähnlich fielen die Diskrepanzen an dieser Stelle übrigens auch vonseiten der befragten Politiker/innen aus: Nur 46 Prozent der Politiker/innen gingen davon aus, dass Journalist/innen »Meinungen von Fakten klar trennen« wollten, und nur 43 Prozent von ihnen stimmten zu, dass Journalist/innen ihr Publikum »möglichst neutral und präzise informieren« wollten.

Wenn es um das konkrete Bild des Journalismus geht, zeigten die Befragungen insbesondere Diskrepanzen bei der vermuteten Unabhängigkeit des Journalismus. 40 Prozent der Bevölkerung sowie 31 Prozent der Politiker/innen gingen von einem »Einfluss von Mächtigen aus der Wirtschaft« auf große Teile des Journalismus aus. Auch vermuteten 35 Prozent der Bevölkerung und immerhin 22 Prozent der befragten Politiker/innen einen entsprechenden Einfluss der Politik. Wesentlich weniger Journalist/innen stimmten einem solchen Einfluss durch Wirtschaft und Politik zu (jeweils 11 Prozent). Insgesamt höhere Zustimmungswerte erfuhr die These, die Arbeit des Journalismus werde vom »wirtschaftlichen Erfolg des Arbeitgebers« beeinflusst. Bevölkerung und Politik vermuteten dies zu 55 bzw. 57 Prozent, während immerhin 39 Prozent der Journalist/innen eine solche Beeinflussung annahmen.

Die Befragungen von Politiker/innen und der Bevölkerung offenbarten eine große Unzufriedenheit mit dem Journalismus in Deutschland. Das äußert sich in ihrer Bewertung der Glaubwürdigkeit journalistischer Medien: 19 Prozent der Politiker/innen halten den Journalismus in Deutschland für »(eher) nicht glaubwürdig« und 29 Prozent für »teils-teils« glaubwürdig – beinahe die Hälfte. Unter den befragten Bürger/innen sind es 42 Prozent, die den Journalismus für nicht (10 Prozent) oder nur in Teilen (32 Prozent) für glaubwürdig halten.

Unabhängig von der Frage, wie man diese verlorene Glaubwürdigkeit bei Teilen der Bevölkerung zurückgewinnen kann, gilt es die Wahrnehmung des und die Erwartungen an den Journalismus auch in Zukunft im Blick zu haben. Die Forschungsgruppe um Prof. Dr. Michael Steinbrecher wird daher auch in den kommenden Jahren weitere Befragungen der verschiedenen Personengruppen durchführen und so etwaige Veränderungen in der Wahrnehmung des Journalismus feststellen können. Hier darf man in Anbetracht der verschiedenen Krisen in und außerhalb Deutschlands sowie dem technischen Fortschritt gespannt sein, wie

dies den Journalismus und dessen Bild beeinflussen wird und welche Ergebnisse künftige Befragungen liefern werden.

---

### Hinweis

Weitere Informationen zur Studie »Journalismus und Demokratie« unter:  
<http://www.journalismusstudie.fb15.tu-dortmund.de/>

---

### Autor/innen

**Niklas Kastor** ist Diplomburist und promoviert an der Ruhr-Universität Bochum im Bereich des Medienrechts. Währenddessen arbeitet er u.a. in dem von Michael Steinbrecher geleiteten Forschungsprojekt »Journalismus und Demokratie«.

**Hannah Schmidt** ist studierte Musikjournalistin und promoviert an der Technischen Universität Dortmund im Bereich der Feuilletonforschung. Sie koordiniert die Arbeit des Forschungsteams um Michael Steinbrecher im Kontext der Studie »Journalismus und Demokratie«.

---

### Redaktion

Stiftung Mitarbeit  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers  
Am Kurpark 6  
53177 Bonn-Bad Godesberg  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)